

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Dienststellen in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierjährl. 150 Mk.

Fernsprecher R 8538.
Redaktionsschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergesparte Zeitung
Zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 11

Cöln, den 1. Juni 1918.

VI. Jahrgang.

Unser Verband im Jahre 1917.

Die ersten Kriegsjahre hatten die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung recht ungünstig bestanden. Sowohl die Mitglieder- wie die Kassenverhältnisse hatten in dieser Zeit schwer gelitten. Doch mit dem 1. Januar 1916 ist dieser Zustand überwunden und mit dem 1. Januar 1917 lebt eine gewaltige Aufwärtsentwicklung ein. Einzelne Gewerkschaften können ihren Mitgliederstand um 110.000 erhöhen; die Mitgliedsziffer stieg von 100 auf 289.000. Aufgedesssen haben sich auch die verhältnißmäßig wesentlich gebessert, wie auch auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen welche Erfolge erzielt wurden. An dieser günstigen Entwicklung hat auch unser Verband in entsprechendem Maße genommen. Ende 1916 hatten wir mit 18.700 Mitgliedern die gerauschte Mitgliedsziffer fast erreicht, welche das zu verzeichnen. Im Jahre 1917 trug dieselbe 889, haben also um 1032 zu. Zu Maßnahmen waren im Übergang aus anderen Verbindungen 87 und im Militär eingeschlossenen 70 zu verzeichnen. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 2200, dem ein Beleopoldsbauern 171 gegenübersteht. Dieser steht nun wie folgt im 1917: Austritte 167, Einziehungen zum Militärdienste. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg auf 124. Die Zahl der Ortsgruppen-Vermebrieche auf 66 auf 67, da drei Neugründungen zwei eingegangen sind. Die allerdings nur wenige Mitgliedschaften und bei denen schon seit langem infolge einer Auseinandersetzung zum Militärdienst an der nötigen Zeitung standen.

Die Kameraden an der Front wurde sowen als zu der Verbindung aufrecht erhalten durch Überverträge des Verbandsorgans. Von ihnen wurden im vergangenen Jahre 1916 mit den Ehrenkreuzen 2. Klasse ausgezeichnet und außerdem 8 mit anderen Ehrenzeichen, wovon also 37 während die Zahl der Verluste an der Front oder an den Kriegsfolgen Versterbenen 26 betrug. Am Kriegsbeginn haben 156 Verbandskollegen besondere Auszeichnungen erhalten während 174 dem Soldenrod

die Mitgliedsversammlung 10 haben sich ihren Stellenverhältnisse in folgendem Maße geöffnet, wobei in den ersten drei Quartalen die Ausgaben nicht höher wie die Einnahmen aber die zweite Quartalsausgaben auf von Quartal zu Quartal, und im dritten konnte eine Mehreraufnahme von 1676 Pf. statt

festgestellt werden. Der Kassenbestand in der Hauptkasse sank um 3058.12 Pf., und betrug am Jahresende 36307.54 Pf., gegen 39.365.66 Pf. am Jahresanfang. Das starke Anwachsen der Ausgaben ist in der Hauptstrecke auf die erhebliche Steigerung der Material- und Druckkosten zurückzuführen, die um mehr als das Doppelte gestiegen sind. Auf die Kassenverhältnisse im einzelnen kommen wir in nächster Nummer noch zurück.

Die Leistung erfuhr im vorigen Jahre eine weitere starke Steigerung. Sie erschafft neben den Lebensmitteln vor allem die Gegenstände des täglichen Bedarfs. Bett-, Kleider, Schuhe, Möbel, Haushaltungsartikel, aber auch Fleisen und Steine, kurz und gut: nichts, das nicht eine Preiserhöhung erfahren hätte. Unter solchen Umständen war nichts natürlicher, als daß auch die in den Gemeinde-, Straßenbahn- und Staatsbetrieben Verantwortlichen nach Erhöhung ihres Einkommens strebten, um einen Ausgleich gegenüber den Leistungsverhältnissen zu erzielen. In fast allen Ortsgruppen des Verbandes wurden dementsprechend Einsichten an die in Betracht kommenden Verwaltungen gerichtet. Und allgemein mußte demselben auch Rücksicht getragen werden. Dasselbe sollte die Erfahrung gemacht werden, daß die Verwaltungen immer die Eingaben viel sammelner erledigten, als man das früher gewohnt war. Und nicht um das, sondern den darin niedergelegten Forderung wird man auch in größerem Maße entsprochen, so daß manche Eingabenzahlen vollen Erfolg zu verzeichnen hatten; die Verwaltung aber recht beachtenswerte Misserfolge.

Da man in der Arbeiterschaft damit rechnet, daß die Leistung über den Krieg hinaus andauert, so liegt ihr natürlich daran gelegen, daß auch die Löhne dementsprechend gestellt werden. Bisheran hat man seitens der Gemeinden um die Zulagen meist in Form von sogenannten Zeuerungs- und Wiedergutzulagen gewährt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie nur als Kriegsmahnahme gedacht sind. Nur wenige Städte haben bisher sich dazu bewegen lassen die gewährten Zulagen als Wohnzulagen zu bezeichnen. Selbstverständlich kommt es in erster Linie auf eine angemessene Erhöhung des Lohnesinkommens überhaupt an. Zumeist wurde eine Erhöhung der bestehenden Zeuerungszulagen vorgenommen wobei an manchen Stellen auf eine Erhöhung der Kinderzulagen der Nachdruck gelegt wurde. Außerdem und über auch auf Drängen der Arbeiterschaft mehr und mehr an Stelle dieser abgestuften Familienzulagen erheblich höhere Wohn- bzw. Zeuerungszulagen vereinbart. In einigen Orten sind mehrmals im Verlauf der Zeit erhöhte Zulagen dieser Art gewährt worden. So in Pforzheim, Eisenach, Bamberg, Regensburg, Weiden, Würzburg. Neben

den laufenden Zulagen haben außerdem eine Anzahl Städte, meist auf Anregung des Verbandes, noch einmalige Leistungszulagen bewilligt. Die Erhöhung der laufenden Leistungszulagen schwankt zwischen 2 bis 30 Pf. pro Monat, und zwischen 20 Pf. bis 2 Mt. pro Tag. Die für die Verbandsmitglieder erzielte Summe an Mehrlohn beläuft sich für das Berichtsjahr auf über 1 Million Mark. Neben der Lohnfrage war es besonders für die weiblichen Kolleginnen die Frage der Arbeitszeit, die lebhafte Interesse beanspruchte. In Köln wurde für die gesamten städtischen Arbeiterinnen ab 1. Juni der achtstündige Arbeitstag festgelegt. Was darüber hinaus gearbeitet wird, wird mit Überstundenzuschlag bezahlt.

In verschiedenen Städten wurde den Arbeitern der infolge des Krieges verkürzte Erholungsrurlaub auf unter Drängen in vollem Umfange wiedergewährt; ebenso wurden die Arbeiter aus schiffse wieder zur Mitarbeit herangezogen. In Köln wurden die den Kriegerfamilien währenden Betriebsunterstütingen wesentlich verbessert und den kriegsbeschädigten städtischen Arbeitern eine weitere Verbesserung in der Ausrechnung der Militärrente gewährt.

Dass in zahlreichen Fällen Entgaben für einzelne Sektionen und Mitglieder gemacht wurden, die nicht von Erfolg gekrönt waren, soll nur noch nebenher erwähnt werden. Sie bezogen sich vielfach auf Urlaubsgewährung, besondere Regelung der Lebensmittelversorgung und -verteilung, Gewährung der Schwerarbeiterzulagen, Erleichterung in der Kleider- und Schuhbedeckung, Regelung der Dienstreise, Wahl von weiblichen Arbeiterauschubmitgliedern u. dergl. m.

Im laufenden Jahre hielt die gute Entwicklung, die sich im vorigen zeigte an. Nun heißt es allüberall, frisch aus Werk gegangen, damit auch dieses Jahr entsprechende Erfolg im Interesse unserer Kollegenschaft erzielt werden können. Jedes Mitglied macht sich den leisen Vorwurf, in diesem Jahre wenigstens ein neues Mitglied dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner zu führen.

Arbeitskammern.

Schluss.

Der Entwurf sieht die Errichtung von Arbeitskammern auf fachlicher Grundlage vor, im Gegensatz zu den Vorschlägen der Gewerkschaften, die die Errichtung auf örtlicher Grundlage wünschen. Hierfür sprechen sehr gewichtige Gründe, besonders für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Errichtung auf fachlicher Grundlage würde für sie eine Zersplitterung bedeuten, die den Wert der Arbeitskammern für sie fast auf den Nullpunkt herabdrücken würde. Jede einzelne Gruppe der Staats- und Gemeindearbeiter würde den verschiedenen Kammern unterstellt. Da die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen in sämtlichen Großstädten nach bestimmten Gesichtspunkten für sämtliche Arbeiter und Angestellte einheitlich erfolgt, haben die verschiedenen Berufsgruppen viel mehr gemeinsame Interessen untereinander, als mit ihren engen Berufskollegen, die in der Privatindustrie beschäftigt sind. Nach den bisherigen Verlautbarungen sind zum Beispiel Arbeitskammern für das Verkehrsgewerbe vorgegeben. Die einzelnen Gruppen im Verkehrsgewerbe, wie Eisenbahner, Straßenbahner, Seeleute, Flussschiffer, Fuhrleute usw., haben aber sehr wenige gemeinsame Interessen, abgesehen von all den Arrogen, die die gesamten Angestellten und Arbeiter aller Berufe, als Angehörige eines Standes, berühren. Dagegen hat der staatliche Eisenbahnarbeiter, der städtische Straßenbahner

sehr viel Berührungspunkte mit den übrigen Arbeitergruppen im Staats- und Gemeindebetrieb.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Arbeitskammern auf b. r. u. licher Grundlage errichtet, aber nach Bedarf örtlich gegliedert werden, also erkennt man an, dass die vertragliche Gliederung allein nicht genügt um die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Erste Aufgabe soll aber die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein, die allgemeine Wohlsohrt zu pflegen.

Dieses kann aber viel besser geschehen, wenn für einen Ort, für einen Bezirk, eine einheitliche Stelle geschaffen wird. Den besonderen Bedürfnisse kann durch eine berufliche Gliederung, und den besonderen Interessen der Arbeitnehmer durch reine Arbeiterabteilungen Rechnung getragen werden, wie es auch der Gewerkschaftsentwurf vorsieht. Abgesehen von den großen Verkehrsaufstalten des Reiches der Post und Eisenbahn, ist die Zahl der städtischen und staatlichen Angestellten, im Vergleich zu der Beamtarbeiterlichkeit in den einzelnen Städten so klein, dass sie bei einer Zersplitterung in der beruflichen Arbeitskammer gar nicht zur Geltung kommen würden. Anders dagegen in der örtlichen Kammer, wo all die Gruppen die durch gemeinsame Interessen verbunden, einer Abteilung vereint ihren Einfluss geltend machen könnten. Nur die Stadtverwaltungen würden sich ebenfalls sehr große Schwierigkeiten ergeben. Nach dem Entwurf sollten die Leiter der Dienstweise die Vertreter innerhalb Arbeitskammern sein. Da könnte unter Umständen eine Stadt in einem Tuhend von Arbeitskammern vertreten haben. Ob durch diesen Umstand eine Einheitlichkeit in sozialen Fragen gewahrt werden kann, ist sehr anzufechten. Außer die Vertreter der privaten Industrie und dem privaten Gewerbe können sich die Arbeitervertreter, wie auch Leiter des Betriebes, wegen der großen Verschiedenheit zwischen Regie und Privatbetrieb nicht anlehnen, infolge derselber für sich eigene Politik machen müsste, wobei aber der Regel nichts heraus kommt.

Grundsätzlich hat man nunmehr der Möglichkeit der Untrennung der Arbeitnehmer- und Arbeiterorganisationen gebühmt. Aber weshalb den Arbeitgeberverbänden ein größeres Recht eingeräumt werden soll, wie den Arbeiterorganisationen ist nicht leicht ersichtlich. In der Praxis würden wir die Nachteile schon auszugleichen vermögen, aber grundsätzlich ist daran festzuhalten, dass der Arbeitstand u. seine wirtschaftlichen Organisationen durch den Staat und die Geiegebung, genau so zu behandeln ist, wie die Arbeitgeber und deren Verbände.

Da je im Vorstehenden niedergelegten Bedenken, hat die Arbeitsleitung in einer Denkschrift den maßgebenden Instanzen unterbreitet und nicht verfehlt, geeignete Vorschläge zu machen, deren Verwirklichung die Arbeitskammern befähigen würden, die auf sie gezielten Hoffnungen zu erfüllen.

Da sich unsere Vorschläge in der nämlichen Richtung, wegen wie die der übrigen Verbände u. Gewerkschaftsverbänden, nicht zu erwarten, dass auch die politischen Parteien sich bestrebt zeigen werden, den Wünschen der Arbeitenden Rechnung zu tragen und die Regierung ihre Zustimmung nicht versagen wird.

Aus unseren Berufen.

Ein schöner Erfolg in Dillingen. Der rechtse. Bürgermeister, Herr Rat Dr. Dejen teilte am 15. Mai mit dem K. V. Landesdirektoriat mit, dass auf Grund der Gründung des Verbandes die Kriegslöibe für die städtischen Arbeit-

am 10 Pfennig pro Stunde erhöht wurden. Die Arbeiter des städt. Wasser- und Elektrizitätswerkes werden bezügl. des Lohnes und der Zulagen der Klasse 27 der Staatsbeamten gleichgestellt. Damit hat unter Verband wieder gegen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Rundschau.

Auszeichnungen. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen Josef Graf und Arthur Sauer, Mitglieder der Ortsgruppe Baden-Baden; sowie der Kollege Michael Heinzen von der Ortsgruppe Köln-Etr. Unseren herzlichen Glückwunsch möge ihnen eine baldige glückliche Heimkehr beschieden sein.

Aus den Ortsgruppen.

Cöln. Die bekannten Vorgänge am Pfingstamstag in Cöln haben leider uns unserem Kreise ein Opfer gefordert. Unsere Kollegin, die Schäfnerin Obel, wurde sehr schwer verletzt, so dass nach ihrer hoffentlich baldigen Genesung ihren Beruf bei der Straßenbahn wieder aufnehmen müssen. Sie kann der unglaubliche Anzahl an dem heissen Tag, das sie betroffen, seitens zahlreicher Kolleginnen und Kollegen vertheidigt sein.

Duisburg-Meiderich (Straßenbahner). Zu den Betrieben noch manches in Punkto Lohn- und Dienstverhältnisse nicht ist, wie es den heutigen Verhältnissen entspricht, gehört auch die Kreis-Ruhrtal-Straßenbahn. Dies sehen denn auch die dort beschäftigten Handwerker, Arbeiter und das Gehörpersonal ein und schließen sich in leichter Zeit in der gewerkschaftlichen Organisation zusammen, um gemeinsam bessere Verhältnisse zu erzielen. Insofern dies Lebte zuliegen wird, hängt in einer Weise davon ab, ob noch eine noch größere Anzahl der Kolleginnen und Kollegen an erwähnten Vereinigungen durch Rücktritt aus die Organisation beteiligt und woran es ganz besonders ankommt, dass dem einmal beschrittenen Wege auszuhalten gewillt ist. Wie manche Kollegen heißt es natürlich noch erst die unangenehme Furcht ablegen, die Verwaltung der Straßenbahn könne Strafverfolgungen machen. Dies gilt vor allem auch für die Kollegen, die fürchten, es könne ihnen Schaden entstehen, weil sie vom Unternehmen reklamiert sind. Abgesehen davon, dass wir nicht annehmen können, dass heute im zweiten Kriegsjahre die Verwaltung noch einen derartig rücksichtigen Standpunkt vertreten könnte, vertreten auch die verständigenden Behörden mit Hilfe der Stellen bis zum Kriegsausbruch entschieden den Standpunkt, dass wegen der Verhältnisse in gewerkschaftlicher Beziehung keinem Reklamanten Schmerzen gebracht werden dürfen. Dennoch ist die erwähnte Furcht durchaus nicht geredet. Nebrigens berichtet im allgemeinen unter den Kolleginnen und Kollegen ein Gefühl, das zu der Meinung berechtigt, dass unsere heimische Ortsgruppe in kürzer Zeit so erweitert wird, dass auch die Verwaltung mit dem Einfluss derselben rechnen muss. Dies ist um so eher der Fall, je schneller noch eine größere Zahl der Kolleginnen und Kollegen der Organisation beitreten und dadurch den Einfluss derselben auch am hiesigen Ecke stark verstärkt werden.

Dortmund (Schulbinder). Auch unter den hiesigen Schulern breite sich allmählich die Erkenntnis verbreit, dass nur durch gemeinsames Vorgehen aller Berufskollegen die vielfach bestehenden Wünsche ihrer Erledigung näher gebracht werden können. Eine größere Anzahl hat sich denn auch unserem Verbande anschließen. Andere werden bestimmt noch folgen. Wenn das so ist, dass augenblicklich bei den Kollegen für die Gewerkschaftsvereine herrscht, von Dauer ist, dann wird auch in nicht allzuferner Zeit mancher ihrer Wünsche erfüllt werden können. Einvernehmlich ist dazu notwendig, dass die Kolleginnen und Kollegen möglichst vollständig dem Verbande beitreten und möglichst pünktlich an den Versammlungen in den Verhandlungen teilnehmen.

Die einzelnen Wünsche werden wir in einer der nächsten Sitzungen eingehen, nachdem sich eine demnächst nahtwendige Versammlung nochmals damit beschäftigt und Stellung zu einer der Stadtverwaltung zu unterbreitenden Eingabe genommen haben wird.

Kölnchen. Unsere Ortsgruppe hielt am 11. Mai ihre ordentliche Versammlung. Nachdem unser Vors. Süddorff wegen

kranker dieselben. Dem vom Bezirksleiter Weigler erstatteten Tätigkeits- und Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen. Im Verlaufe des Berichtsjahres wurden 4 Mitglieder, 2 Betriebsversammlungen und 3 Vorstand- und Vertrauensmännerabstimmungen abgehalten. Die Mitgliederzahl liegt von 300 auf 320, einschließlich 116 zum Kriegsdienst einberufenen. Aufgenommen wurden 130, ausgetreten, bezw. ausgeschlossen 9 Mitglieder. Gestorben sind im Berichtsjahr 17 Kollegen, darunter 5 auf dem Felde der Ehre gefallen, oder infolge der durch den Krieg ausgewanderten Krankheiten gestorben.

Für die städtischen Arbeiter hatte die von unserem Verbande gemachte Eingabe den Erfolg, dass die Kriegerfamilienhilfen und Kinderzulagen bedeutend erhöht und neue Kriegsentschädigungen gewährt wurden. Geschlossen hatten sich dem Verbande verg. Jahres angeschlossen die Arbeiterschaft der Ag. Universität der techn. Hochschule Akademie der bild. Künste und das Landtagspersonal. Erfolge bezüglich Gewährung der Feuerungs- und Zulagen usw. sind auch hier zu verzeichnen. Eine Anzahl persönlicher Eingaben wurden für einzelne Mitglieder gemacht. Für die Übergangszeit hat der Magistrat bereits Grundlage ausgearbeitet, dass die vordem bei der Stadt beschäftigten Arbeiter, soweit sie ihren Berufen vorstehen können, wieder an ihrer Arbeitsstätte beschäftigt und Kriegsbeschädigten nach dem Grade der Verwendbarkeit entsprechende leichtere Beichtätigung angewiesen werden soll. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, dass für die Hauptklasse an Hunnahmen 5479,70 und an Ausgaben 3600,90,- zu verzeichnen sind. An boat konnten an die Hauptklasse 1878,- abgeliefert werden. Kollege Weigler betonte, dass die Ausgaben für Krankengeld allem 2225,50 und für Sterbegeld 1900,- betragen haben. Noch in seinem Jahre vor dem Kriege waren die Krankheits- und Sterbezulagen so hoch wie im Jahre 1917, so dass der Verband der nach den Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen das Sterbegeld gewährt, außerordentlich in seinen finanziellen Verhältnissen in Aufprall genommen wurde.

Die Einnahmen der Hauptklasse, einschließlich eines Mannsbestandes von 589,98, betrugen insgesamt 2834,61,-. Kollege Kalm berichtete als Rechnungsprüfer die Übererstattung des Käfers mit den Kassenbelegen und den vorhandenen Vermögen der Hauptklasse. Bei der sich anschließenden Ausprache batte Kollege Jößner dem amts. Genr. Bevollmächtigten Marti für den im Gemeindeskollegium gesetzten Antrag bei Bewahrung der ehemaligen Feuerungszulagen an die verb. Kriegsteilnehmer bedient, trat dafür ein, ermauerte auch Schritte unternommen werden, dass die Stadt die Krankenversicherung der zum Dienst eingerufenen jüdl. Arbeiter übernehmen solle. Der Gen. Bevollmächtigte Marti gab seiner Befriedigung Ausdruck über die Entwicklung unserer Ortsgruppe. Aus der Wahl der prov. Vorstandskandidat, deren Langzeit ich bis Ende des Krieges langwirksam aber bis zum Jahresende zu erfreuen habe, gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorstehender Kollege Karl Griesbauer, 2. Kollege Dutel, 1. Kassierer Kollege Weigler, 2. Kollege Brügel, 1. Schriftführer Zimmermann, 2. Mayer, Beimber die Kollegen Kräp. Huber, Auer, Briegl, Crusius und Kollegin Kathi Leme, als Rechnungsprüfer wurden gewählt die Kollegen Klein und Katala. Kollege Weigler berichtete über die nächsten Aufgaben des Verbandes in der Übergangszeit. Kollege Zimmermann fragte über die allzulange Hinauschiebung mit der Auszahlung der einmaligen Feuerungszulagen für das Personal am jüdl. Lebensmittelamt. Kollege Jößner kritisierte die Wiedereröffnung der sogenannten Sommerzeiten, die nicht im Interesse der Arbeiterschaft liege. (?) D. R.) Kollege Briegl vom deutschen Museum erläuterte den Verband um allseitige Unterstützung bezügl. der Vorbereitungen nach Verbesserung der Dienst- und Lohnverhältnisse. Nachdem Kollege Weigler die Versammelten zu neuer Klarheit im Verbande aufgefordert hatte, konnte dieselbe die Versammlung zu einem befriedigten Abschluss bringen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Herabsetzung der Proportion. Von 10 Jahr ab soll die tägliche Mehrlösung von 200 auf 160 Gramm gesenkt werden. Diese Mahnahme ist notwendig geworden, weil die Menge den von ihr versprochenen Bereidelieferungen nur in einem Maße nachgekommen ist. In den Zulagen für Schwer- und Schwertarbeiter wird nichts geändert. Als Erfolg soll mehr Zucker gegeben u. die bisherige Nation an Nährmitteln um zirka 50% erhöht werden. Eine Reihe von Gemeinden und Regierungsbüros vertreten auch noch über gewisse Reservierungen und Streichungsmittel, so dass die Menge nicht überall oder nicht in vollem Umfang vorgenommen werden braucht.

Tragdem wird die Maßnahme eine große Härte, insbesondere für die handarbeitenden Schichten sein und ist nur, weil kein anderer Ausweg mehr möglich war, gerechtfertigt. Was zur Verhinderung geschehen könnte, ist gelau. Heraushebung der Nation für Schuhhersteller und der große Schweinehoch, um sich der Mütter am Herze zu entledigen. Sie haben Monopole auf dem Lande, an dem viele Arbeiter beteiligt waren, bzw. keine erheblichen Verbände, die verhältnislich leicht konkurrieren könnten.

So hart uns diese Maßnahme auch treiben wird, nicht Deutschland trifft die Schuld daran. Wir führen den Gewerkschaftskampf gegen unsere Feinde, wie du letzten Berichterstattungen zur Kenntnis beweisen, den Erobерungs- und Vernichtungskrieg. Nur dieses Bewusstsein gibt uns die Kraft, auch dieses Kapitel noch auf uns zu nehmen.

Der § 153 der Gewerbeordnung gefallen. Die Regierungsvorlage im Deutschen Reichstag, betreffend Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung, ist am 4. Mai in zweiter und dritter Lesung angenommen. Damit ist ein Gesetz, welches in die Praxis sich als ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter erwies, endgültig gefallen und gehört nunmehr wie so manche andere Maßnahme, der Vergangenheit an.

Freunde an diesem Paragraphen hatten nur die Schwarzmacher und Gelben: Ihre Bemühungen, ihn aufrecht zu erhalten, mührte im vierten Kriegsjahr, im Zeichen der Neuorientierung, der Eselsburg, verjagt bleiben.

Feldpost.

Es ist meist auch nur allzu leichtlich, wenn bei anderen Feldgrauen der Mensch nach Frieden weiter in den Vordergrund tritt, wie bei manchem Dahintergekehrten, der keine Ahnung von den Opfern und Strapazen an der Front hat. Aber mögen die Opfer noch so groß, das Heimweh nach Heimat, Frau u. Kind noch so stark zum Betrater im unteren Vaterlande kommen, wir nicht gewen. Dieser Gedanke durchdringt wie ein roter Faden ein Brief, der aus in den letzten Tagen von einem freien Mitgliede jüngst an demselben geschrieben ist unter anderem: „Der Arztmann hat uns dieser Tage berichtet, dass eine kleine Schönheit darüber schwören will glaube nicht er würde, dass ich lange sein Verbandsamt mehr erholen. — Und was für ein Material!“ Beifallend eine Bruderschaft. „Wir alle haben dieses Material der Freiagnosen und der Helfershelfer in unserem Vaterlande entschieden abgelehnt, bis auch unsere jüngsten Kameraden über dieses Material nachforscht.“ Und worum besteht der Sachverhalt? nämlich in einem Aufruf an die Bayern zum Zusammenschluss umgehängt allen Zugang des Zentralkomites der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, worin zum Spott an Kundgebungen auf der Straße und offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert wird. Außerdem in der Nummer 19 der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung vom 28. Februar dieses Jahres. Den dubialen dieser Kummer kann man sich denken, wenn die Feinde es für zweckmäßig erachten, sie in unsere Gräben hinüber zu schießen. Da es tatsächlich nicht beschämend, wenn deutsche Gejagten zu einem derartigen Zwecke gebraucht werden können. Diese Tatdaben zeigen deutlicher als alle Reden, was von dem vorerwähnten Werthilf bei den Kameraden noch übrig geblieben ist. Ihnen ertrunkenken können wir aber die entidnende Abwehrung aller dieser Gefäße durch unsere Frontkämpfer begreuzen.

Arbeiterbewegung.

Vom ehemaligen Allgemeinen Deutschen Straßenbahnerverband. Seit Kriegsbeginn haben wir es aus burgfriedlichen Gründen abgelehnt, uns mit dieser Organisation noch weiter zu beschäftigen. Wenn wir heute wieder darauf zurückkommen, nichtsdestotrotz, um diese, publizistische Freiheit, die Mitglieder über den Stand der Arbeiterbewegung zu orientieren, zu erhalten. Zu Beginn d. Krieges sollte die genannte Organisation ihre gesamte Tätigkeit ein, nahm sie auch nicht wieder auf, obwohl die Voraussetzungen für eine gedeckte, erfolgende Weiterarbeit die den übrigen Arbeitervereinigungen, nicht zuletzt in seinem Bereich, große Erfolge gebracht hat, gegeben waren. Zu solchen haben sich künftige Mitglieder in alle Zeiten zu-

streut. Der größte Teil ist wieder zu der großen Masse der Indifferenter zurückgekehrt und reicht seitdem den sozialen Aufstieg des ganzen Standes und Berufes. Sie steht für andere Verbände zu gewinnen, ist sehr schwer, da sie, auch zu Unrecht alle Organisationen in einen Topf werfend, behauptet, sie seien gerade in der schwersten Zeit von ihr im Stich gelassen worden seien. Ein anderer Teil hat den Weg zu unserem Verband und der Rest den Anschluss an die Sozialdemokratie gefunden. So verschiedene Vorurtheile und Mitglieder des Hochbaudienstes noch darüber hinaus politisch sich bis zur „unabhängigen Sozialpartei“ hindurch gestaffelt hat. Jeder Versuch, nach dem Kriege nochmals wieder eine Sonderorganisation, auf dem sozialen Grundmauern einer überlebten Straßenbahner, aufzubauen, würde Sisyphusarbeit sein und bleiden, da heute nur noch eine Arbeiter- und Angestelltenorganisation zu Einfluss und Erfolg kommen kann, die im Anschluss an die allgemeine Arbeiterbewegung sich zu festen wirtschaftssozialen, kulturellen und auch soziopolitischen Grundsätzen bekennt.

Bei dieser Gelegenheit sei auf die Gründung einer weiteren Sonderorganisation in Leipzig verwiesen. Angeblich ist dieselbe erfolgt, weil ein Teil der Leipziger Straßenbahner mit der Interessenvertretung durch den sozialdemokratischen Transportarbeiterverband nicht einverstanden sei. Die Gründer dieses Zwölferdinges behaupten, Anschluss an die unabhängige Sozialdemokratie suchen zu wollen, während der Transportarbeiterverband von einer gelben Gründung berichtet. Wer von beiden Recht hat, kann im Augenblick nicht untersucht werden. Nach den neuesten Berichten aber wird der Streit ein mühsiger sein, da aus dieser Sonderorganisation bereits den Weg aller dieser Gründungen gegangen sein soll, nämlich an innern Widerspruch gründe.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen Heidelberg, Köln (G.), Düsseldorf, Amberg, Bonn (Str.) und Wiesbaden.

Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.

Gestorben sind die treuen Kollegen:

Walther Böhme, Würzburg;

Johann Bieberich, Würzburg;

Christian Widmann, München;

Andreas Jörg, Düsseldorf;

Ferdinand Lehmann, Cölnbrück.

Chre ihrem Andenken!



Es starb den Heldentod für König und Vaterland

Johann Körber,

Mitglied der Ortsgruppe Düsseldorf (Str.)

gestorben am 21. 3. im Westen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.